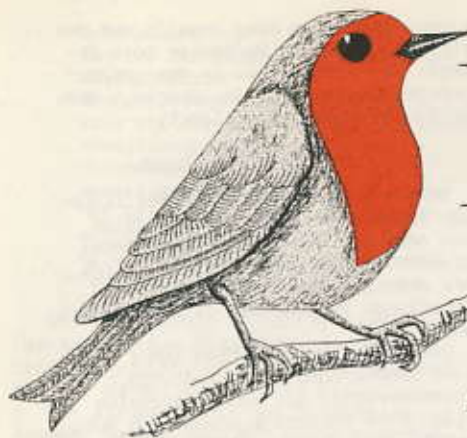




Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich

April '83

Immer für den Bürger da Die Freiwillige Feuerwehr Endenich

Am 14. August 1885 fanden sich Endenicher Bürger zusammen, um eine freiwillige Feuerwehr in unserem Ortsteil zu gründen.

Die heute noch vorhandenen Tagebücher aus dieser Zeit, die Schriftführer Günter Wehner verwahrt, geben einen interessanten Einblick in das Geschehen Endenichs in jenen Jahren.

Heute leistet die Endenicher Feuerwehr mit ihren 37 aktiven Mitgliedern einen nicht geringen Beitrag für den gesamten Bereich der Bonner Feuerwehr. Mehrmalige Rufbereitschaften sowie zahlreiche Einsätze halten die Endenicher Wehrmänner jedes Jahr auf Trab.

Besonders zu erwähnen ist, daß fast alle Endenicher Veranstaltungen, ob Karnevals- oder Martinszug, ob Fronleichnamprozession, Straßen- oder Volksfeste unter der Obhut unserer freiwilligen Feuerwehr stattfinden.

zählt, vor einigen Jahren von Brandmeister Harald Hages aufgebaut, mit ihren 16 Mitgliedern zu den aktivsten Gruppen ihrer Art im Bonner Raum.

In der Endenicher Burg, die auch die Altenstube und die öffentliche Bücherei beherbergt, befindet sich das Domizil der Endenicher Freiwilligen Feuerwehr. Hier stehen auch die Fahrzeuge für die Einsätze bereit.

Eine besonders sehenswerte Rarität ist das alte, total restaurierte Spritzenfahrzeug aus der Zeit der Jahrhundertwende, das der junge Feuerwehrmann Peter Moll in vielen hundert Stunden mühevoller Arbeit wieder hergerichtet hat. Das Fahrzeug kann in der Endenicher Burg besichtigt werden.

Die besondere Spezialität der Endenicher Freiwilligen Feuerwehr ist die Wasserförderung bei Großbränden über lange Strecken hinweg. So sind die Dr-



Unter ihrem langjährigen Vorsitzenden, Hauptbrandmeister Bruno Hütsch, ist die Endenicher Feuerwehr zu einer der bedeutendsten freiwilligen Feuerwehren im Bonner Raum und weit über die Grenzen der Stadt hinaus geworden.

Dies findet u.a. auch seinen Ausdruck in der regen Partnerschaft zu der Oxford Feuerweh. So fährt die Endenicher Jugendfeuerwehr in diesem Jahr zu einem Besuch nach Oxford. Sie

denicher Wehrmänner in der Lage, 4.000 Liter Wasser pro Minute über eine Entfernung von 10 km zu befördern.

Die Endenicher Feuerwehr ist aber auch auf anderen Gebieten ein bürger-naher Freund der Bevölkerung. So werden jährlich unter großer Beteiligung der Bürger verschiedene gesellige Veranstaltungen, darunter das Stiftungsfest, gefeiert. Auch in diesem Jahr feiert die Feuerwehr wieder ihr Stif-



Übrigens:

Der Wahlkampf hat seltsame Blüten getrieben. Die Zeitungen standen voll davon. Arbeitgeber drohten ziemlich unverhohlen, daß die Partei des großen Geldes die Wahl gewinnen müsse, damit die Auftragslage stimmt. Muß man da charakterlos sein, um gegen seine Überzeugung die Kreuze zu zeichnen? "Vielleicht geht's ja gut, wenn die, die von den Bossen bezahlt werden, die Regierung stellen. Die haben ja den besseren Draht", haben bestimmt viele gedacht. Na ja, woll'n mal sehen. Wer allerdings das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen sieht, dem wird schwarz vor Augen. Von Ausgewogenheit keine Spur.

Nur von Wahlkampfblüten sollte die Rede sein. Eine gilt es nachzutragen, aus unserer Gegend. Viele Endenicher vermißten am Sonnabend vor der Wahl den SPD-Informationsstand in der Fußgängerzone. Der war an diesem Tag vor den Bestkauf-Markt gezogen.

Da passierte es: Der Geschäftsführer rief die Polizei, weil der Stand angeblich auf seinem Grundstück stand und Kunden sich belästigt fühlten. Keine städtische Genehmigung, kein Hinweis auf das Grundgesetz half - nein: Der Stand sollte weg!

Die Polizei entschied letztlich: Der Stand bleibt. Er stört niemanden. Der Bestkauf-Geschäftsführer muß seinen Widerspruch bei der Stadt vorbringen.

Ende vom Lied? Nein. Es gab Kunden, die den Streit mitbekamen und sagten: "Dann kaufen wir nicht bei dem!" (Unter anderem ein Hotelier, der seinen Betriebsbedarf jetzt anderweitig deckt.) Bei unseren SPD-Leuten war verständlicherweise auch so etwas wie Boykottstimmung aufgekommen: "Darüber klären wir im ROTKEHLCHEN auf."

Wir haben es uns anders überlegt. Wer nicht dem Aufruf des NRW-Innenministers Schnoor folgt, der sich aus gutem Grund nach dem Motto "Hier lebe ich, hier kaufe ich" für die Tante Emma-Läden einsetzt, der soll ruhig weiter bei Bestkauf kaufen. Warum? Weil dort auch sehr nette Menschen beschäftigt sind, die ehrlich ihre Arbeit tun.

Und die haben doch sowieso schon genug unter dem besonderen Charme ihres Geschäftsführers zu leiden. Da wollen wir doch nicht deren Arbeitsplätze durch Boykottmaßnahmen gefährden!

tungsfest; am Samstag, den 7. Mai 1983, sind die Endenicher in die Sporthalle an der Röckumstraße eingeladen.

ordnete Dieter Witte und der Bezirksverordnete Klaus Stöppler sind seit Jahren Mitglieder der Freiwilligen

werden. Sie enden aber jeweils vor der Brücke, so daß der Radfahrer beim Befahren der Ringe genau an der gefährlichsten Stelle - auf der Brücke - den Schutz des Radweges verliert.



Bei den verschiedensten Gelegenheiten bewirbt die Endenicher Feuerwehr die Bürger mit vorzüglicher Erbsensuppe aus der eigenen Gulaschkanne. Auch die Politiker der Endenicher Parteien unterstützen die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr. Der Stadtver-

Feuerwehr Endenich, und Professor Horst Ehmke wurde vor gut zwei Jahren zum Ehrenfeuerwehrhauptmann ernannt. Die Endenicher Feuerwehr ist fast 100 Jahre alt. Wir wünschen ihr weiter viel Erfolg bei ihrer Arbeit zum Wohle unserer Bürger.

Radler haben's noch schwer

Das nahende Frühlingswetter läßt viele Bonner ihre Fahrräder wieder aus dem Keller oder der Garage holen, eine nicht unerhebliche Anzahl hat allerdings den ganzen Winter über nicht auf's Rad verzichtet.

Seit nahezu 10 Jahren wird das Rad von immer größeren Bevölkerungskreisen wiederentdeckt, weil man erkannt hat, daß Radfahren gesund, ökonomisch und - besonders innerorts - schnell ist. Als gesund kann man das Radfahren sicher bezeichnen, aber leider ist es in Bonn oft nicht ganz ungefährlich. Immer wieder sind Fahrradfahrer von Unfällen betroffen.

Es sind viele Sicherheitsmaßnahmen diskutiert worden. Das beginnt bei Helmen für Radler und geht bis zu reflektierenden Reifen oder ähnlichen Dingen.

Die eigentlichen Ursachen für die Gefahren des Radfahrens liegen jedoch im Zusammentreffen von Radfahrern und Kraftfahrzeugen in einem Verkehrsraum. Müssen beide dieselbe Verkehrsfläche benutzen, wird der langsamere Radfahrer zwangsläufig immer wieder von Autos überholt, wobei jeder dieser Vorgänge für ihn eine Gefahrenquelle bedeutet. Bei der in Bonn hohen Verkehrsdichte und der daraus resultierenden Enge auf vielen Straßen, kann jede in den Augen eines Autofahrers "harmlose" Situation für den Radler böse Folgen haben.

AUTOS UND RADFAHRER TRENNEN!

Die einzig wirksame Maßnahme zur Entschärfung dieser Gefahren ist eine Trennung dieser beiden Gruppen von Verkehrsteilnehmern. Seit Jahren wurde der Druck auf die Stadtverwaltung immer größer, hier endlich etwas zu tun.

Viele Bürger, der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und die SPD-

Fraktion im Bonner Stadtrat forderten immer wieder die Erarbeitung eines Radwegenetzes für unsere Stadt. Und tatsächlich, es wurde begonnen, in der Verkehrsplanung auch etwas mehr an den Radfahrer zu denken.

Leider ging man jedoch auch hier wieder des öfteren den leichtesten Weg, in dem man das Gefahrenrisiko auf den nächst schwächsten Verkehrsteilnehmer verlagerte, den Fußgänger.

Das oberste Prinzip bei der Erstellung von Radwegen scheint in Bonn zu sein, dem Autofahrer möglichst keinen Raum zu nehmen. Wo immer es geht, werden Radwege zu Lasten des Fußgängers angelegt. Als typisches Beispiel für solche verfehlte Planung haben wir in Endenich den kombinierten Rad- und Fußweg entlang der Umgehungsstraße. Er soll von beiden Gruppen von Verkehrsteilnehmern benutzt werden, obwohl er so schmal ist, daß gerade zwei Fußgänger aneinander vorbeikommen.

Auch sind solche "Radwege" für anhaltende Autofahrer nicht erkennbar und allzu leicht fährt dann ein Radler in eine sich gerade öffnende Tür eines parkenden Autos.

Eine andere Lösung, wenn man aus finanziellen Gründen keinen gesonderten Radweg anlegen kann oder will, bietet die Almarkierung eines Radfahrstreifens von der vorhandenen Fahrbahn.

Auch dies ist in Bonn schon an vielen Stellen geschehen. Diese Maßnahme bietet dem Radfahrer schon mehr Sicherheit, auch wenn sie ihn nur durch einen weißen Strich vom Autofahrer trennt. Gefährlich werden diese Radwege aber dort, wo sie enden, wo der Radfahrer wieder mit dem Auto "konkurrieren" muß.

Eine besonders gefahrenträchtige Stelle dieser Art werden wir demnächst in der Weststadt haben. Nach der von den städtischen Gremien beschlossenen Planung sollen von beiden Seiten Radwege an die Viktoriastraße herangeführt

EIN BLICK ÜBER DIE GRENZE

Es hat sich gezeigt, daß der bisherige Radwegbau in Bonn zwar einige gute Ansätze, aber auch viele Mängel aufweist. Dabei würde uns ein Blick über unsere Grenzen ins Nachbarland Niederlande zeigen, daß es auch anders geht.

Die Niederländer hatten immer schon einen großen Anteil von Radfahrern im Straßenverkehr. Sie haben in vielen Fällen eine strikte Trennung von Autoverkehr, Radfahren und Fußgängern durchgeführt und jeder Gruppe eigene Verkehrsräume zugeteilt. Und man hat hier dem Radverkehr teilweise sogar Vorrang vor dem Kraftverkehr eingeräumt.

In Bonn hat man leider immer noch den gegenteiligen Eindruck. Man weiß nicht so recht, wo man mit dem Radfahrer hin soll. Und so schiebt man ihn halt dahin, wo er am wenigsten stört. Bonns Verkehrsplaner haben den Radfahrer noch immer nicht als vollwertigen Verkehrsteilnehmer akzeptiert.

"ROTEKILCHEN" wird demnächst auch näher auf die Radwegeplanung in Endenich und der Weststadt eingehen. Dazu würde die Redaktion gerne auch Hinweise und Anregungen unserer Leser aufnehmen. Schreiben Sie uns Ihre Wünsche!

Bonner CDU gegen Friedensgruppen

Auch in diesem Jahr findet wieder die inzwischen schon traditionelle Bonner Friedenswoche statt, und zwar vom 15. Juni bis zum 1. Juli 1983.

Die Bonner SPD beteiligt sich, wie auch in den Vorjahren, auch diesmal an der Friedenswoche. Weil sie die Diskussion unter den Bonner Bürgern über den besten Weg zum Frieden für besonders wichtig hält und darum fördern will, hat sie am 17. März im Rat einen Antrag gestellt, der diesem Ziel dienen sollte:

1. Der Rat der Stadt Bonn begrüßt die Aktivitäten der Bonner Friedensgruppen, besonders die Zielsetzung, die wichtigen Probleme der Kriegsgefahr und Friedenssicherung den Bonner Bürgern nahe zu bringen.
2. Die Arbeit der Friedensinitiativen wird deshalb von der Stadt Bonn im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefördert.
3. Dies geschieht insbesondere durch
 - eine gemeinsame Informationsveranstaltung der Stadt Bonn und der Friedensinitiativen, zu der offizielle Vertreter der Stadt Oxford eingeladen werden (z.B. der Lord Mayor), um über die Entscheidung unserer Partnerstadt zu berichten, ihr Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone zu erklären;
 - durch Integration wichtiger und hierzu geeigneter Veranstaltungen der Bonner Friedenswoche in das Programm des Bonner Sommers;
 - durch Hinweis auf Versammlung- und Veranstaltungstermine der Bonner Friedensinitiativen in entsprechenden städtischen Publikationen, z.B. der "Bonn information";
 - Ausstellungs- und Informationsmöglichkeiten in dafür geeigneten städtischen Räumlichkeiten (z.B. Foyer Stadthaus) sollen bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden;

- Genehmigung von Prismen usw. analog der den Parteien eingeräumten Möglichkeiten
- Sondernutzungsgenehmigung für ein Zeit auf dem Münsterplatz für Veranstaltungen während der Bonner Friedenswoche
- Beteiligung der Stadt an der Bonner Friedenswoche durch eine gemeinsame Veranstaltung mit den Friedensinitiativen zu dem Thema: "Was können wir in Bonn für den Frieden tun?"

Was ist aus diesem Antrag geworden? Die zahlreichen Mitglieder der Bonner Friedensgruppen, die auf der Zuschauertribüne saßen, waren nicht mit allzu großen Illusionen in die Sitzung gekommen, kannte man doch schon verschiedene Äußerungen Bonner CDU-Größen zum Thema Bonner Friedenswoche. Und so lief es denn auch ab.

Über den Beitrag von FDP-Wickel braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Er beschränkte sich mal wieder auf Polemik. Was soll's - ihn nimmt eh kaum noch jemand ernst.

Für die CDU machte sich ihr Fraktionsvorsitzender Blank wenigstens noch die Mühe, ihre Ablehnung zu begründen, allerdings mit haarsträubenden Argu-

menten. Er wisse zwar nicht, was die Friedensinitiativen im Einzelnen machten, aber er sei dagegen, sie zu unterstützen. Schließlich sei auch die CDU eine große Friedensinitiative und beantrage keine Unterstützung von der Stadt. Er garantiere den Gruppen aber, daß sie in Bonn unbehindert ihre Ansichten der Bevölkerung deutlich machen können.

Wirklich großzügig von Herrn Blank, daß er allen Bürgern im Grundgesetz verankerte Rechte nochmal ausdrücklich garantiert. Überflüssig, oder ist das für ihn schon nicht mehr selbstverständlich?

Und das mit der Friedensinitiative CDU? Hat Herr Blank den Unterschied zwischen einer Bewegung und einer politischen Partei noch nicht begriffen? Sicher befaßt sich auch die CDU neben anderen Fragen mit der Frage des Friedens. Aber ist sie deshalb gleich eine Friedensinitiative? Ist sie, wenn sie sich mit Fragen der Müllabfuhr befaßt, etwa auch gleich eine Gruppe von Müllmännern?

ROTKEHLICHEN wird in der nächsten Ausgabe über das Programm der Friedenswoche berichten.

sich nicht zu früh. Denn hier geht man Ihnen noch viel hinterhältiger an den Geldbeutel. Und das geht dann so:

Bisher wurden die sogenannten Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) für die Berechnung der Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung des Bruttoeinkommens des Zahlungsmonats zugeschlagen. Dabei kamen viele Arbeitnehmer in diesem Monat über die Beitragsbemessungsgrenze von 5.000 DM für die Rentenversicherung. Für den Einkommensteil, der darüber lag, waren keine Beiträge zu entrichten.

Das wird jetzt anders. Die Einmalzahlungen werden für die Berechnung der Sozialabgaben rechnerisch zwölftelt, d.h., es wird so getan, als würde jeden Monat ein Zwölftel davon gezahlt. Die Folge davon ist, daß viele Arbeitnehmer nicht mehr über die Beitragsbemessungsgrenze hinauskommen und ihr Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld damit voll sozialabgabenpflichtig wird.

Es stimmt, nirgendwo ist von der Erhöhung der Prozentsätze der Sozialabgaben die Rede. Der Wähler wird in Sicherheit gewiegt, und durch diesen Trick wird ihm hinterlistig das Geld doch aus der Tasche gezogen.

Schlimmer kann man den Wähler wohl kaum über's Ohr hauen. Übrigens, hätte das die SPD gemacht, Heiner Geissler hätte bestimmt schon die "Abgabenlüge" entdeckt.

ROTKEHLICHEN wird in Zukunft kontinuierlich deutlich machen, was auf uns alle zukommt. Aber wir wollen nicht nur auf diese Regierung schimpfen. Die SPD und ihre Mandatsträger sind jederzeit bereit, den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das gilt insbesondere auch bei Mietproblemen, die jetzt verstärkt auf uns zukommen.

Keine zweite Brücke über die Bahn

Zu einer Bürgerversammlung hatte die CDU am 17. März ins Haus des Borromäus-Vereins eingeladen. Thema war die geplante zweite Viktoriabrücke von der Endenicher Straße zum Alten Friedhof über die ROTKEHLICHEN schon berichtet hat.

Die Bonner Presse berichtete als Ergebnis, die betroffenen Anwohner seien nicht mehr gegen das Projekt. Dazu erreichte uns ein Brief des SPD-Stadtverordneten Horst Bachmann, der bei dieser Versammlung dabei war.

"Bei der Versammlung der CDU am 17.3.1983 im Borromäus-Verein entnommen hat, daß die Bürger insgesamt Zustimmung zur zweiten Viktoriabrücke signalisiert haben, muß in einer anderen Veranstaltung gewesen sein.

Daß die zweite Viktoriabrücke jetzt die Zustimmung der meisten in diesem Bereich wohnenden Bürger findet, haben sowohl Herr Epping, Leiter des Stadtplanungsamtes, als auch der CDU-Stadtverordnete von Arnim den Versammlungsteilnehmern immer wieder erzählt. Von den Versammlungsteilnehmern haben sich aber nur zwei oder drei - und das auch noch unter Bedingungen - für die Brücke ausgesprochen. Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich dort geäußert haben, war dagegen.

Laut Epping haben sich aufgrund eines Informationsblattes der Stadt Bonn 70% derjenigen, die die beigefügte Antwortkarte an die Stadt geschickt haben, für die Brücke ausgesprochen. Nur wären dies meistens Anwohner der Bornheimer Straße und der Bachstraße, die nicht unmittelbar an der geplanten Brücke wohnen und die sich die versprochenen Verbesserungen erhoffen.

Die unmittelbar betroffenen Bürger um die Endenicher Straße und die Her-

Regierungspolitik unter der Lupe Der Wähler wird verschaukelt

Nun hat er's also geschafft, der Helmut Kohl. Seine Rechtskoalition aus CDU, CSU und FDP hat durch den Wähler eine stabile Mehrheit erhalten und kann nun in den nächsten vier Jahren dem Wohl unseres Landes und seiner Bevölkerung dienen - oder auch nicht.

Kohl hat es sogar geschafft, daß Strauß in München bleibt, sagt er. Dabei hatte der bei den gegebenen Verhältnissen in Bonn nie ernsthaft vor, in ein Kabinett Kohl einzutreten. Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium waren bereits vergeben, und für den Titel eines Vizekanzlers allein wollte er den Sessel des bayerischen Landesfürsten nicht aufgeben.

So waren denn seine Ansprüche auf ein Ministeramt auch nur der Preis, zu dem er seine inhaltlichen Vorstellungen von der zukünftigen Regierungspolitik bei den Koalitionsverhandlungen durchsetzen wollte. Und das ist ihm auch wieder weitgehend gelungen.

Nun kann die Regierung Kohl also angehen, wie schon seit einem halben Jahr geschehen, den kleinen Mann die Zöche bezahlen zu lassen.

RENTENANPASSUNG VERSCHOBEN ?

"CDU-Sozialausschüsse über Koalitionsvereinbarung erboht" konnte man vor einigen Tagen in den Zeitungen lesen. Was war geschehen? Es ist geplant, das erwartete Loch in der Rentenversicherung unter anderem dadurch zu schließen, daß man eine erneute Verschiebung der Renten Anpassung etwa vom 1. Juli 1984 auf den 1. Januar 1985 vornimmt. Wie war das doch? Rentenbetrug hatte die CDU den Sozialdemokraten vor nicht allzu langer Zeit vorgeworfen. Und Arbeitsminister Norbert Blum, das soziale Feigenblatt der CDU, ist sauer.

Aber dem Manne kann gebolfen werden. Anke Fuchs, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, hat ihm ein Angebot gemacht. Da seine und die Meinung der SPD in diesem Punkt gar nicht weit auseinander seien, könne man diesen Griff in die Taschen der Rentner durch SPD und Sozialausschüsse gemeinsam verhindern. Kleiner Mann, was nun?

Als Ende letzten Jahres ein Sturm der Entrüstung über die CDU hereingebrochen war, weil sie die sogenannte Zwangsanleihe für besser Verdienende wieder zurückzahlen wollte, besann sie sich eines Besseren. Man wolle als Beweis dafür, daß die Sparmaßnahmen sozial ausgewogen seien, die Anleihe nicht zurückzahlen. Das war einer der "Sozialschlager" im CDU-Wahlkampf.

ZWANGSANLEIHE WIRD ZURÜCKGEZAHLT

Was wurde aus diesen Versprechen? Nach der Wahl war nicht mehr die Rede davon. Begründet wurde der Sinneswandel damit, daß die FDP dazu nicht bereit sei und die CDU allein nicht über die dafür notwendige Mehrheit verfüge. Auch wenn man wollte, sei man nicht in der Lage, das gegebene Versprechen einzulösen. Ja, wenn die CDU die absolute Mehrheit bekommen hätte....!

Nun, auch das ist nur die halbe Wahrheit. Daß die Aufhebung der Rückzahlung der Zwangsanleihe mit der FDP nicht zu realisieren war, wußte die CDU schon vor der Wahl. Die FDP hatte es oft genug verkündet. Aber auch in diesem Fall war die SPD bereit, konstruktiv mitzuarbeiten. Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bot der CDU an, die SPD werde mithelfen, diese sozial notwendige Korrektur am Sparhaushalt vorzunehmen.

Die CDU hat das Angebot nicht angenommen. Die Anleihe wird, zwar etwas zeitlich hinausgeschoben, doch zurückgezahlt. Das Wahlversprechen ist gebrochen, die soziale Unausgewogenheit der Regierungspolitik bestätigt. Übrigens, hätte die SPD sich so verhalten, sie wäre von der CDU umgehend der "Rückzahlungslüge" bezichtigt worden.

HEIMLICHE ABGABENERHÖHUNG

Und auf noch einen Punkt hatte die CDU in ihrem Wahlkampf Wert gelegt: Eine von ihr geführte Regierung werde die Sozialabgaben nicht erhöhen. Wollen wir auch hier Versprechen und reale Politik vergleichen.

Tatsächlich, es gibt kein Gesetz, durch das die Abgaben für die Renten- oder Arbeitslosenversicherung heraufgesetzt würde. Moment - freuen Sie

warthstraße - so war in der Versammlung zu vernehmen - haben die städtische Information zum Teil gar nicht erhalten. Das ist durchaus glaubwürdig, denn die Information wurde, wie Epping einräumte, mit dem Anzeigenblatt verteilt, also vielfach einfach an der Straße vor die Türen gelegt.

Die Brücke wird als attraktive Ost-Westverbindung zusätzlichen Verkehr anziehen. Sie wird damit den Stau in der Bornheimer Straße nicht beseitigen. Sie wird das Wohngebiet an dem zur Bahn gelegenen Teil der Endenicher Straße und der Ecke Mozartstraße und Herwarthstraße zerstören. Da sich der Lärm von der nahegelegenen Brücke weiter und stärker auswirkt als von einer Straße auf Null-Ebene, werden auch die mehr zur Bachstraße hin wohnenden Anwohner der Herwarthstraße stärker statt weniger beeinträchtigt werden.

Die Schließung der Nordunterquerung an der Bachstraße wird auch nur mit Ausnahmen erfolgen können. Eine Bus- und Taxispur wird bleiben müssen und damit wenig Entlastung bringen.

Und das alles für 12 Millionen DM, wenn es dabei bleibt, was nach den bisherigen Erfahrungen mit solchen städtischen Bauprojekten niemand ernsthaft glauben kann. Die SPD-Stadtratsfraktion wird jedenfalls aus all den Gründen der zweiten Viktoriabrücke nicht zustimmen."

"Lehrstellenbörse" In Endenich

Bald ist es wieder soweit: der Tag der Schulentlassung naht für viele Mädchen und Jungen auch in Bonn. Viele von ihnen werden auch in diesem Jahr am Anfang ihres Berufslebens vor der Frage stehen, ob sie einen Ausbildungsplatz bekommen.

So mancher Jugendliche hoffte in den letzten Jahren vergebens, und auch in diesem Jahr ist zu befürchten, daß nicht jeder Schulabgänger eine Chance zur Berufsausbildung erhält.

"Rotkehlchen" plant deshalb zusammen mit der Endenicher SPD vor Beginn der großen Ferien eine "Lehrstellenbörse". Wie soll das vor sich gehen?

Eine Arbeitsvermittlung aufmachen, das wollen wir nicht. Wir dürfen es auch nicht, denn das ist Sache des Arbeitsamtes. Was wir wollen, ist, auf lokaler Ebene eine Initiative zur Bewältigung des Lehrstellenproblems auf die Beine zu bringen.

In Zusammenarbeit mit dem Bonner Arbeitsamt und der Bonner Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerks-

Nach seinem Eintritt in die SPD im Jahre 1922 war Toni Hilgert in der sozialistischen Arbeiterjugend und später an führender Stelle im Arbeitersportbund tätig. 1933 wurde Hilgert von den Nationalsozialisten aus dem Beruf entfernt.

Hilgert gehörte zu den ersten Kommunalpolitikern, die sich nach dem Krieg daran machten, die kommunale Selbstverwaltung in Bonn wieder aufzubauen.

Als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bonn-West (Endenich) und als Stadtverordneter für den Wahlbezirk "Baumschulwäldchen" hat sich Hilgert mit besonderem Interesse auch um die Belange unseres Ortsteils gekümmert.

Rotkehlchen wünscht Toni Hilgert weiterhin Gesundheit und viel Erfolg.

kammer möchten wir Inhaber von Betrieben, die noch Lehrstellen frei haben oder zusätzlich anbieten wollen, und Jugendliche, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, an einen Tisch bringen.

Ähnliche Aktionen hat es in anderen Städten schon öfter gegeben, und sie hatten Erfolg. Nähere Informationen über die geplante Aktion werden wir unseren Lesern in der nächsten Ausgabe von "Rotkehlchen" geben, wenn die Vorbereitungen abgeschlossen sind.

Schon jetzt möchten wir alle Ende-

Der langjährige Bonner Kommunalpolitiker und Stadtälteste Toni Hilgert konnte Anfang des Jahres seine 60jährige Mitgliedschaft in der SPD feiern.

Der SPD-Ortsverein Bonn-West gab zu Ehren von Hilgert einen Empfang. In Gegenwart von Professor Horst Ehmke überreichte der Ortsvereinsvorsitzende Dieter Witte dem Jubilar die von Willy Brandt unterzeichnete Ehrenurkunde.

Toni Hilgert gehörte von 1950 bis 1969 ununterbrochen dem Rat der Stadt Bonn an. In den Jahren 1968 und 1969 war er Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Sein beruflicher Werdegang vom Schlosser und Fachlehrer für Maschinenbau führte Hilgert in die Direktion der Köln - Bonner Eisenbahn, wo er zuletzt als Prokurist tätig war.

SPD-Ehrenurkunde für Stadtältesten



EINE EHRENUKUNDE überreichten Horst Ehmke (l.) und Dieter Witte (r.) an den Stadtältesten Anton Hilgert. Foto: Engels

KINDER-ECKE

			
			
1. _____	3. _____	5. _____	7. _____
2. _____	4. _____	6. _____	8. _____

DIE ACHT ERSTEN

Buchstaben der Wörter, die hier als Bilder erscheinen, ergeben von 1 bis 8 Mozarts Geburtsstadt.

DJ-1

Auflösung:
Sonne - Apfel - Löwe - Ziege - Ball - Uhu -
Regensturm - Glau -
= Salzburg



Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Auflage: 6.000 Druck: Eigendruck

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich),
H. Baumann, A. Buchner, W. Carl,
G. Fürböck, G. Haas, U. Hinrichs,
G. Roth, U. Seidenberg, J. Weber

Redaktionsanschrift:

"Rotkehlchen" c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156